

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 26/26 11. Dezember 1996

→ **Die „unheimliche Gewalt“** Seite 2

Im Bundesland Brandenburg häuften sich in jüngster Zeit die rechtsextremistisch motivierten brutalen Angriffe auf Ausländer. Das Landgericht Potsdam hat unlängst zwei Gewalttäter zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt.

→ **Eine unendliche Debatte** Seite 6

Die deutschen Historiker waren sich in ihrem ablehnenden Urteil über das Buch des Daniel J. Goldhagen weitgehend einig. BNR skizziert die wesentlichen Argumente, wie sie von der Fachwelt vorgetragen wurden.

→ **Amtsübergabe mit List** Seite 9

Der Führungswechsel bei den belgischen Rechtsextremisten erweist sich ein strategischer Meisterzug des Altmeisters Karl Dillen.

→ **Auf „gepackten Koffern“** Seite 12

Eine „kleine Gruppe religiöser Eiferer“ am rechten Rand der Union wettet gegen den Zeitgeist.

→ **Tagebuch** Seite 14

Nur im Abonnement. Alle 14 Tage zum Preis von DM117,- jährl.
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/951133-0, Fax 95113-16

„Unheimliche Gewalt“

Attacken auf Ausländer gehören in Brandenburg längst zum Alltag – „Die Jungen tun, was die Alten denken“

In Mahlow begegnet dem Besucher die Trostlosigkeit auf Schritt und Tritt. Die an langen Platanenalleen liegenden Villen und Einfamilienhäuser rotten still vor sich hin, zwei Neubauzeilen im Ortskern wirken wie Niederlassungen von einem anderen Stern. Auch der in poppigem Altrosa gestrichene S-Bahnhof erhebt sich wie ein Fremdkörper in der dunklen, regnerischen Winterlandschaft. Vor dem Bahnhofsgebäude steht eine größere Gruppe kurzhäariger junger Männer und beäugt den Neuankömmling aus dem benachbarten Berlin mit aggressivem Mißtrauen. „Verpiß dich, du Eimer“, ruft einer von ihnen. Worum es ihnen geht, haben die „Glatzen“ auf Dutzenden im Ort verteilten Graffiti eindeutig kundgetan. „Rechts ist geil“, prangt auf einem Verteilerkasten der Telekom. „Rote Sprüche, linker Dreck, eine Bombe, alles weg“, steht auf der Rückseite eines neuen Parkhauses. Keine Frage, daß das brandenburgische Landesamt für Verfassungsschutz die in Bomberjacken, Jeans und Turnschuhe gekleideten jungen Männer von seinen Mitarbeitern und Spähern beobachten läßt – bislang allerdings mit eher magerem Ergebnis. „Die Mahlower Rechten sind nicht organisiert“, notierte ein Beamter. „Nur einige wenige Jugendliche, ein paar Schmierereien, eine Hitler-Geburtstagsfeier im kleinsten Kreise – es gibt keinen Anlaß, uns mit der Szene bevorzugen zu beschäftigen.“

Doch gerade aus dieser kaum organisierten, dumpfen Szene entwickelte sich im letzten Sommer einer der brutalsten Gewaltakte gegen Ausländer. Opfer waren drei schwarze britische Bauarbeiter: Die Männer wurden von der Mahlower Bahnhofsschleife als „Nigger“ beschimpft, aus dem Ort vertrieben und von zwei Skinheads mit einem schnellen Auto in rasender Fahrt verfolgt. Bei der Jagd warf einer der jungen Männer einen schweren Feldstein auf den Jaguar der Briten. Ergebnis: Der 37jährige Fahrer verlor die Kontrolle über sein Fahrzeug, steuerte es gegen einen Straßenbaum und ist seitdem für den Rest seines Lebens querschnittsgelähmt. Während die beiden Täter am 2. Dezember vom Potsdamer Landgericht zu

Haftstrafen von sechs bis acht Jahren verurteilt wurden, bleiben ihre Kumpare vor Ort weiterhin ungerührt. „Die Neger sind doch selbst schuld, wenn sie nicht Auto fahren können“, sagt einer von ihnen mit breitem Grinsen. Ein anderer führt den Reporter zu dem Straßenbaum, in dem immer noch die Radkappe des Jaguars der Briten steckt – gilt der Stamm den rechten Jugendlichen doch inzwischen als eine Art Siegestsäule. „Wir haben was gegen Ausländer, die nehmen uns doch nur die Arbeitsplätze weg“, meint ein junger Mann. Und ein anderer behauptet in der schönsten brandenburgischen Mundart: „Wenn det ‘nem Deutschen passiert wäre, würd’ keener wat sagen.“

„Vernichtungswillen der Täter“

In dem am südlichen Berliner Stadtrand liegenden Mahlow explodierte im vergangenen Sommer jene Mischung aus Langeweile, Frustration und Gewaltbereitschaft, die sich in den letzten Jahren fast überall im Lande Brandenburg breitgemacht hat. Was in Mahlow passierte, gehört in vielen anderen Städten und Gemeinden längst zum Alltag: Kaum ein Ort, in dem sich nicht Abend für Abend Gruppen von Biertrinkenden jungen Leuten zusammenrotten, die nur eines im Sinn haben – sie wollen Zoff. Eine aufgeheizte Stimmung, die, so Jörg Milbradt, für Rechtsextremismus zuständiger Verfassungsschutz-Referent, „leicht in brutale Attacken umschlägt.“ Wie etwa in der Stadt Fürstenwalde, wo ein Skinhead einer älteren Libanesin am helllichten Tag das Kopftuch herunterriß, es um ihren Hals schlang und zuzog. Als der Ehemann eingriff, schlug eine Gruppe von Skinheads wenig später den örtlichen „Orient Imbiß“ kurz und klein. „Fürstenwalde ist fast schon wie Beirut“ schimpft ein junger Libanese und zeigt auf seine Platzwunden am Kopf, die ihm ein Skinhead mit einem Baseballschläger beigebracht hat. Übel erging es auch einer Gruppe italienischer Bauarbeiter im brandenburgischen Trebbin: Sie wurden grundlos verprügelt und aus ihren Unterkünften vertrieben. Ein 55jähriger Italiener lag hinterher mehrere Wochen lang im Koma. Inzwischen zieht sich durch Brandenburg eine breite Spur sinnloser Brutalität. Die meisten Opfer sind Ausländer: In Oranienburg wurden zwei britische Studenten krankenhausreif geschlagen, in Eisenhüttenstadt zwei 40 und 44 Jahre alte Franzosen. Brandenburgs Justizminister Hans-Otto Bräutigam spricht vom „Vernichtungswillen der Täter, von einer „unheimlichen Gewalt“, die er sich nur mit einer im Lande vorherrschenden ausländerfeindli-

chen Stimmung erklären kann. „Die Jungen tun, was die Alten denken“, meint der Politiker. In der Tat sprechen viele Hinweise für einen allgemein verbreiteten, untergründigen Haß auf alles Fremde. Auch Brandenburgs Generalstaatsanwalt Rautenberg hat die Hoffnung auf Mithilfe seiner Landsleute bei der Verfolgung der Anschläge verloren. „Manche Leute ziehen eben die Gardinen zu, während draußen ein Ausländer zusammengeschlagen wird“, resümierte er jüngst voller Bitterkeit. Die Welle der Gewalt geht denn auch ungebremsst weiter: Zur gleichen Zeit, als das Potsdamer Landgericht gegen die Mahlower Steinwerfer verhandelte, wurden in Neuruppin zwei schwarze Asylbewerber aus Liberia und Kenia auf offener Straße überfallen, beraubt und mit „Nigger“-Rufen beschimpft.

Sebastian Bähr

Chronik der Gewalttaten

Seit dem brutalen Vorfall am 16. Juni in Mahlow ist im Bundesland Brandenburg die Serie der Gewalttaten gegenüber Ausländern keinesfalls abgerissen. Insbesondere im Oktober war ein steiler Anstieg der rechtsextremistischen Gewalt zu verzeichnen. Von 15 Tatverdächtigen bzw. Tätern, die bei den Überfällen am 16.6. (Mahlow), 17.6. (Brandenburg), 25.7. (Fürstenwalde), 30.9. (Trebbin), 4.10. (Trebbin) und 7.10. (Personenzug Belzig-Brück) ermittelt wurden, waren nach Angaben des brandenburgischen Innenministeriums 10 Personen (zwei Drittel) 21 Jahre und älter, vier zwischen 18 und 21 Jahre alt und lediglich ein Schüler erst 17-jährig; d.h. der überwiegende Teil der Gewalttäter ist den Erwachsenen zuzurechnen. Unter den - für diese Stichprobe herangezogenen - 15 Personen waren lediglich vier Arbeitslose, davon drei ohne Berufsausbildung.

Der „blick nach rechts“ dokumentiert nachstehend die gewalttätigen Angriffe auf ausländische Menschen, in mehreren Fällen mit sehr schwerer Körperverletzung, die seit dem 16. Juni im Bundesland Brandenburg stattgefunden haben:

17.6. - Brandenburg
Angriff auf Pakistani;
25.7. - Fürstenwalde
Überfall auf Imbißstand eines Libanesen;
15.9. - Cotthus
Überfall auf Pakistani;
30.9. - Trebbin
Überfall auf zwei italienische Bauarbeiter;
2.10. - Potsdam
Überfall auf Asylbewerber aus Kenia;
3.10. - Trebbin
Überfall auf Pizzeria eines Libanesen;
7.10. - Personenzug Belzig-Brück
Überfall auf türkischen Bürger;
24.10. - Oranienburg
Überfall auf britische Studenten;
27.10. - Eisenhüttenstadt
Überfall auf Franzosen;
4.11. - Neuruppin
Übergriffe gegen zwei Niederländer;
6.11. - Fürstenwalde
Attacke auf Asylbewerber aus Indien;
10.11. - Prenzlau
Überfall auf türkischen Imbißstand;
10.11. - Eisenhüttenstadt
Angriff auf sudanesischen Asylbewerber;
11.11. - Frankfurt/Oder
Angriff auf liban. Asylbewerber;
16.11. - Potsdam
Angriff auf polnische Bauarbeiter;
30.11. - Neuruppin
Überfall auf Asylbewerber aus Kenia und Liberia.

In eigener Sache

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

Die nächste Ausgabe des „blick nach rechts“ erscheint wegen der Weihnachtspause am 8. Januar 1997.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14-tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Im Visier die öffentlich-rechtlichen Medien

Saubermänner am Werk

Lobende Worte findet die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) über den in Erlangen ansässigen Verein „Bürger fragen Journalisten e. V.“. Positiv berichtet wird über Aktivitäten der selbsternannten Mediensaubermänner auch in einschlägig bekannten Periodika wie „Der Republikaner“, „DESG-inform“, „Criticon“, „Nation+Europa“. Über deren politische Zielvorstellungen informiert regelmäßig der Verfassungsschutz.

Vorsitzender des Vereins „Bürger fragen Journalisten e.V.“ (Spenden sind nach § 10b EStG steuerlich begünstigt) ist der Pensionär (zuvor: Abteilungsbevollmächtigter bei der Siemens-Tochter „Kraftwerke-Union“) Hansjörg Klein, der im Oktober 1984 seine politischen Ehrenämter bei der CSU niederlegte, um sich der anstehenden Vereinsgründung im Dezember zu widmen.

Im Januar 1987 erfolgte die Gründung der TM Verlags-GmbH (heute: TM - Transparenz der Medien Gesellschaft mbH). Die Gründung der GmbH war, dies halten die „Vereinsdaten“ fest, ein zusätzlicher Weg, um über den Verkauf von TM und Dienstleistungen die Finanzierung des Vereins zu sichern, da ein „e.V.“ nicht geschäftlich tätig sein darf.

Als publizistisches Kampf-Organ des Vereins „Bürger fragen Journalisten e.V.“ fungiert „Transparenz der Medien“ (TM), das zehnmal jährlich (zwei Doppelausgaben) erscheint.

1995 hatte der Verein, für dessen jährlich abgehaltene „Medientage“ (Förderer u.a.: „Deutschland Stiftung“) ebenfalls in der JF geworben wird, nach Eigenangaben, 1.400 Mitglieder (einschließlich Fördernde) und acht hauptberufliche Mitarbeiter.

Ziel des Vereins ist es u.a., so eine Selbstdarstellung, „dem zunehmend von Ideologie und Wirtschaftsfreundlichkeit geprägten Journalismus und seinem Bestreben nach gesellschaftspolitischer Veränderung konstruktiv entgegenzuwirken“. Ins Visier geraten so regelmäßig öffentlich-rechtliche Polit-Magazine wie REPORT, MONITOR und PANORAMA. Permanent im Fadenkreuz der Attacken stand bis zuletzt ZAK; O-Ton TM: „Warum Typen wie >ZAK<-Moderator Friedrich Küppersbusch gebührenfinanzierten Artenschutz

genießen.“ Auch der renommierte Politologe Hans-Gerd Jaschke steht auf der TM-Abschlußliste - hat ihn doch der Klein-Verein als „einen bewährten Stichwortgeber des linken Lagers“ geoutet. Unverhohlene Sympathie finden dagegen stramm rechte Recken wie Karlheinz Weißmann oder Hans-Helmuth Knütter, der sozialdemokratische Journalisten als Linksextremisten diffamiert. Ebenfalls gern gesehen bei TM ist die rechte Psycho-Sekte „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM), die regelmäßig mit Anzeigen im Blatt präsent ist.

Der Leitende Redakteur der Wochenzeitung „Das Parlament“ (Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung), Johannes Kuppe, kritisierte 1994 in einem Brief an Journalisten die Zeitschrift „Transparenz der Medien“; dort werde journalistisch „auf Teufel komm raus manipuliert“. Der Fachdienst MedienKritik fand bei TM gar schon eine „ungeheuerliche Verdrehung der Fakten“.

Publizistisches Gegengewicht

Zur Feder greifen für TM, dem „Medium für gezielte >Gegenöffentlichkeit<“: Alfred Mechtersheimer (Initiator der „Deutschland-Bewegung“), Hans-Helmuth Knütter (Anti-Antifa-Strategie), Michael Paulwitz (Autor: „Criticon“, „Ostpreußenblatt“, zeitweilig Bundesvorstandsmitglied der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“, Mitglied des ewiggestrigen Witiko-Bundes), Martin Pabst (einst Vorsitzender des rassistischen „Hilfskomitees Südliches Afrika“, Autor in „Nation+Europa“, „Criticon“, „Deutsche Geschichte“), Lothar Groppe (Autor in der JF, „Ostpreußenblatt“, „Schlesier“).

Nicht nur bei TM, auch beim Verein selbst, tummelt sich eine illustre Schar von einschlägig bekannten Rechtsaußen: Michael Vogt (Vorstandsmitglied), ehemaliger Sprecher der „Deutschen Burschenschaft“, Alter Herr der „Burschenschaft Danubia“, Hans Wagner (Kuratoriumsmitglied), Autor des Hohenrain-Verlages, Referent bei VPM, Lothar Bossle (Kuratoriumsmitglied), Referent bei VPM, Autor in „Criticon“ und „Deutsche Geschichte“ (Verlagsgesellschaft Berg), Michael von Sprenger (Verwaltungsratsmitglied), auch als Rechtsanwalt für Dr. Frey, den Vorsitzenden der „Deutschen Volksunion“, tätig.

Mitgründer des Vereins ist der Erlanger Multiunternehmer Dietmar Straube. Der CSU-Mann

und langjährige Verleger von Medizin-Fachblättern wurde einer breiten Öffentlichkeit erstmals bekannt, als er im Jahre 1987 ein publizistisches Gegengewicht zu seiner Ansicht nach „linkslastigen“ Nachrichtenmagazin SPIEGEL auf den Markt brachte. Über eine Erstaussage kam sein „Unabhängiges Deutsches Nachrichtenmagazin“ unter dem Titel „Puls“ (Straube: „Wir wollen wirtschaftliche Sachverhalte korrekt darstellen.“) jedoch nicht hinaus. Bundesweite Schlagzeilen lieferte Straube zuletzt im vergangenen Jahr, als er sich als „dritte Kraft in der Nische“ (Straube) neben den Medienriesen Bertelsmann und Kirch etablieren wollte.

Anton Maegerle

Braungefärbter Gründerzeitökologe

Geschendorf (S-H) - Im Internet ist in der Homepage des „Konservativen Gesprächskreises Hannover“ ein Brief von Baldur Springmann (Jahrgang 1912; wohnhaft im schleswig-holsteinischen Geschendorf) abrufbar, den dieser unlängst an Bundespräsident Roman Herzog geschrieben hat. Springmann wirft dem Bundespräsidenten „einseitige und verengte Erinnerungsarbeit“ vor: „An den Reaktionen meiner Enkelgeneration muß ich leider immer wieder ablesen, welche Belastung und Verunsicherung die Fokussierung der Ihnen offiziell vermittelten Zeitgeschichte auf den Holocaust in den jungen Seelen anrichtet“. Beklagt wird von Springmann die „Brandmarkung einer Epoche unserer Geschichte als von A bis Z verbrecherisch und damit, - Kollektivschuld hin oder her - die Zwangseinkleidung eines ganzen Volkes in ein Büßergewand und der ständige moralische Druck zu immer neuen Canossagängen“.

Springmann, der jüngst seine Lebenserinnerungen („Bauer mit Leib und Seele“) im Verlag des Nationalrevolutionärs Siegfried Bublies verlegt hat, war einst Batteriechef in Kiel bzw. Kapitänleutnant in Swinemünde (1940-1945). Aufgrund seines Engagements in der Anti-AKW-Bewegung erlangte er in den 70er Jahren bundesweite Aufmerksamkeit, er war dann Mitbegründer der „Grünen“ und der ÖDP. Seit mehreren Jahren ist Springmann, Mitglied der völkischen „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft“ (DUR) und Autor im rechtsextremen Arndt-Verlag von Dietmar Munier, das Aushängeschild der ultrarechten „Unabhängigen Ökologen“ (UÖD), einer Abspaltung der ÖDP.

HINWEIS

Jüdisches Leben nach 1945

„Fremd im eigenen Koffer - Jüdische Gemeinden an Rhein und Ruhr von 1945 bis heute“, so lautet das Thema einer Ausstellung, die noch bis 16. Februar nächsten Jahres in Essen zu besichtigen ist. Nach der Befreiung Nazi-Deutschlands durch die Alliierten gab es erste zaghafte Versuche, jüdisches Leben wiederzuerrichten: Juden, die illegal lebend dem Terror entkommen waren, früh zurückgekehrte Exiljuden und Überlebende des Holocaust, die aus den Vernichtungslagern“ im Osten nach Westen geflohen waren. Ganze 1.700 Juden, so wird angenommen, lebten 1945/46 im Gebiet des 1946 gegründeten Landes Nordrhein-Westfalen. Bis Ende der 50 Jahre stieg ihre Zahl auf rund 4.000 an. Erst durch die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion hat sich die Zahl der Mitglieder der 18 jüdischen Gemeinden in NRW auf etwa 13.300 erhöht. Die Veranstalter, ALTE SYNAGOGE, Landesverbände der jüdischen Gemeinden von Nordrhein und von Westfalen und die Synagogengemeinde Köln, wenden sich mit der Ausstellung weniger an ein Fachpublikum, denn an eine interessierte Öffentlichkeit. Dieser soll damit die Möglichkeit geboten werden, „Probleme und Normalitäten“ jüdischer Gemeinden kennenzulernen. Die Ausstellung wird vom NRW-Kultusministerium und der Landeszentrale für politische Bildung NRW gefördert. Ort: ALTE SYNAGOGE, Steeler Straße 29, 45127 Essen; Di.-So. 10-18 Uhr bis 16. Februar 1997.

GEGENDARSTELLUNG

Im „blick nach rechts“, Nr. 23/1996, Seite 4, wird über ein Gerichtsverfahren gegen einen Thomas Wulff in Hamburg behauptet:

„Angeklagt war der jetzige Landesvorsitzende der ‘Deutschen Liga für Volk und Heimat’ wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener.“

Diese Behauptung ist unrichtig, Herr Thomas Wulff, war zu keinem Zeitpunkt Landesvorsitzender der Deutschen Liga für Volk und Heimat.

Coburg, 18. November 1996

gez. Harald Neubauer
Bundesvorsitzender
Deutsche Liga für Volk und Heimat

Zu einer unendlichen Debatte

Goldhagen - ein Rückblick

(Teil II.)

In der vorangegangenen Ausgabe des „blick nach rechts“ wurde dargestellt, wie die Debatte um die Veröffentlichung des Daniel J. Goldhagen in den bundesdeutschen Medien geführt wurde. Der zweite Teil dokumentiert nachstehend die - größtenteils negativen - Bewertungen der Goldhagen-Thesen durch die Fachwelt.

Die Kritik der Professoren

Den Publizisten folgen die Professoren. Daß die „Historiker in den USA“ das Buch nicht „ernst“ nehmen und die in Deutschland „das wohl auch nicht tun werden“, hatte Jacob Heilbrunn schon behauptet, ehe deren Kritiken vorlagen (Woche 19.4.). Für Michael Wolffsohn, der den Anfang macht (Berliner Morgenpost 24.4.), ist der „judenmörderische Wille und Wahn ‘der Deutschen’... längst in der Mottenkiste historischer Forschung gelandet“, die Frage der Beteiligung von Nichtdeutschen an den Morden im Buch nicht beantwortet und dessen Sicht „zutiefst unhistorisch und unjüdisch“. Und weil Goldhagens Vater über Wolffsohns „Deutschland-Akte“ gesagt hat, „Ich glaube das alles nicht“, wird beiden ins Stammbuch geschrieben, daß „Geschichte weniger mit Glaubensfragen...als mit Tatsachen“ zu tun hat.

„Eine intellektuelle Bankrotterklärung“

Julius H. Schoeps (Zeit 26.4.) stimmt Goldhagen darin zu, daß der Antisemitismus keine „periphere, sondern ‘die’ zentrale Rolle“ spielt und der „Vernichtungsantisemitismus eine lange Tradition im christlichen Europa hat“ (Zeit 26.4.). „Wie antisemitisch waren die Deutschen wirklich?“ ist auch für Wolfgang Wippermann die „Kernfrage“; er hält es jedoch für „kritikwürdig“, daß Goldhagen die anderen Opfer vernachlässigt und damit hinter den allgemeinen Forschungsstand zurückfällt (Allgemeine jüdische Wochenzeitung 2.5.).

Gordon A. Craig, bisher als Befürworter zitiert, bemängelt, daß die zentrale These „ohne jeden Bezug auf empirische Evidenz“ vorgetragen wird, begrüßt das Buch aber als Diskussionsanstoß (Zeit 10.5.). Für Nicholas Lane ist es dagegen „schlechte, aber populär gemachte Geschichtsschreibung“ (Tageszeitung 11.5.); die Historikerin Gulie Ne’eman Arad stellt ebenfalls den Zusammenhang mit der amerikanischen innerjüdischen Diskussion her („Holocaust als die große Geschichtslektion...daß Juden ihre spezifische Gruppenidentität und -solidarität nie aufgeben dürfen“; Frankfurter Rundschau 14.5.). Eberhard Jäckel korrigiert einige „Fehler“, sieht eine „durch und durch mangelhafte, mißlungene Dissertation“ vor sich, deren Autor sich „um jedes wissenschaftliche Prestige“ bringe und einen „Rückfall auf das primitivste aller Stereotypen“ (Zeit 17.5.). Hans-Ulrich Wehler geht systematischer vor; er entdeckt „mindestens sechs Gründe, Teile der empirischen Analyse und einige Fragen Goldhagens ernst zu nehmen“, übt dann aber heftige Kritik und stellt mit Schärfe fest: „Jeder monokausale Erklärungsversuch...ist eine intellektuelle, methodische und politische Bankrotterklärung“ (Zeit 24.5.). Seine Bielefelder Kollegin Ingrid Gilcher-Holtey geht als einzige in der gesamten Diskussion vornehmlich auf Goldhagens methodischen Ansatz ein, den Versuch, „kollektive Denk- und Wahrnehmungsschemata aus dem Verhalten von Individuen und Gruppen abzuleiten“ (Zeit 7.6.). Für Ulrich Herbert ist wichtig, daß „endlich“ die Frage „nach Ausmaß und der Verbreitung des Judenhasses in der deutschen Bevölkerung und nach der Bedeutung, die ihm für den millionenfachen Mord zukommt, wieder öffentlich diskutiert“ wird. Wenn Goldhagen darauf verweist, daß die „Tötung der Juden nicht gegen den Widerstand der Deutschen durchgesetzt, sondern von denen, die damit in Kontakt kamen, akzeptiert, bejaht und gefördert wird, so muß man ihm gerade im Lichte neuer empirischer Studien zustimmen - und zwar um so mehr, je weiter der Blick nach Osten reicht“ (Zeit 14.6.). Am weitesten in seiner Zustimmung geht Andrei S. Markovits (Frankfurter Rundschau 15.6.), während für Jörn Rüsen „Goldhagens Holocaust-Erklärung ...trotz des Anscheins ihrer Nähe zur geschichtlichen Welt im Kern unhistorisch“ ist: „Sie setzt den erklärenden Faktor Sinn in Bezug auf die zu erklärende Tat konstant, und nimmt ihn damit aus dem historischen Wandel heraus“ (Frankfurter Rundschau 25.6.).

Hans Mommsen zeichnet den komplexen Weg zur Endlösung nach und kommt in seiner außerordentlich weit gespannten Darstellung und Auseinandersetzung zu dem Ergebnis, daß das Buch „in vieler Hinsicht hinter den Forschungsstand zurückfällt“ (Süddeutsche Zeitung 20.7.; Zeit 30.8.) In einem Interview, in dem er zusammen mit Norbert Frei befragt wird, sieht er in der höheren Sensibilität für das Thema Holocaust in Deutschland Anzeichen für einen „Generationswechsel“ sowie ein Interesse „daran, griffige Antworten“ zu bekommen (Berliner Zeitung 24.7.).

Eingeengte Fragestellung

Jost Dülffer kommt in einer der wenigen abgewogenen Kritiken zu dem Ergebnis, daß Goldhagen zwar eine „verfehlte Grundthese“ präsentiere, daß sein Buch aber „mit wichtigem Material und zum Teil sehr überlegter Darstellung“ dazu beitrage, „sich weiter mit Motiven und Ausmaßen der deutschen Verbrechen in der NS-Zeit auseinanderzusetzen“ (Berliner Zeitung 6.8.) Harry Pross schließlich meint, daß die „reale Verknüpfung individual- und sozialpsychologischer Schuldigkeit in jeglicher Motivation“ Goldhagens „Theorie scheitern“ läßt: „Indem der Autor die Fragestellung auf Täter und Opfer, Deutsche und Juden einengt, verfehlt er nicht nur die anderen Symptome, die darüber hinaus im Zivilisationsprozeß des Jahrhunderts mitwirkten, wie Technisierung, Kulturpessimismus, Alldeutschtum, Zionismus und andere Panbewegungen, Gesinnungsmilitarismus (z.B. 40000 Mitglieder des Reichsbundes jüdischer Frontkämpfer), Weltpolitik und Wirtschaftskrisen, sondern auch die Ambivalenz kollektiver Moral und individueller Ethik in der Schuldfrage“ (Augsburger Allgemeine 8.8.).

„Pornographie des Horrors“

Hans Mommsen meint in dem schon erwähnten Interview mit der Berliner Zeitung v. 24.7.: das „Faszinosum, das dieses Buch zu haben scheint, liegt auch im Voyeurismus begründet. Herr Goldhagen scheut sich im Gegensatz zu uns nicht, sadistische Akte als solche breit darzustellen, um damit jenen Gegeneffekt psychologischer Art gegen Nazi-Verbrechen zu erzeugen. Wir haben aber gelernt, daß dieser Affekt alles auslöst - nur keine rationale, politische und moralische Bewältigung der Geschichte.“ Auf Norbert Freis Einwand, darüber, „wie das Nicht-zu-Schildernde angemessen zu

schildern sei, ist hierzulande wenig nachgedacht worden in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren“, entgegnet Mommsen: „Ich habe nicht dieses Gefühl...Es muß unsere Aufgabe sein, die Vorgänge selbst zu schildern und nicht Abschreckungseffekte erzielen zu wollen. Abschreckung erzeugt auf Dauer nur Abstumpfung“ (a.a.O. 24.7.). Ähnlich argumentiert Y. Michal Bodemann. Er sieht „eine Pornographie des Horrors: ausführliche Schilderungen der unbeschreiblichsten Grausamkeiten, die die ‘ganz normalen Deutschen’ an Juden verübt haben...Um Pornographie handelt es sich hier auch in dem Sinne, daß Sexualität und Morden indirekt oder direkt miteinander in Verbindung gebracht werden, der Genuß des Mordens und Folterns seitens der Täter vor Augen geführt wird“. Für Bodemann liegt darin „der erste Grund“ für den Erfolg des Buches (Tageszeitung 7.8.). Das sind starke Worte. Ulrich Rauff versucht, diese Einwände auf den Begriff einer „Ästhetik des Grauenhaften“ zu bringen, die der „These vom mörderischen Antisemitismus der Deutschen erst den affektiven Nachdruck verleiht“. Er leitet sie her von einer „Rhetorik des Überredens und einer Pädagogik des emotionalen Nacherlebens“, wie sie im Film (Spielberg) und „in den amerikanischen Holocaust-Museen vorbereitet worden“ sei. Rauff spricht von einer „belletristischen Ästhetisierung des Holocaust“ und resümiert: „Kein Historiker, jedenfalls kein Wissenschaftler, hat sich bisher die Freiheit genommen, die grauenhaften Szenen, von denen die Quellen berichten, nach Belieben nachzustellen und ästhetisch zu arrangieren, und sei es zum höheren Zweck einer Katharsis“ (FAZ 16.8.). In einem Gespräch mit Ulrich Rauff argumentiert Hans Mommsen noch einmal ganz dezidiert, „daß die deutsche zeitgeschichtliche Forschung gelernt hat, sich auf die Ursachen und die Prozesse zu konzentrieren und gerade nicht mit der Schilderung von Grausamkeiten große Betroffenheit zu erzeugen. Ich halte es für einen fatalen Irrweg, wenn man glaubt, Erkenntnis durch diese Form der Anschauung gewinnen zu wollen“ (FAZ 7.9.)

Schonungslose Beschreibung

Diese Argumentation ist legitim, aber sie überzeugt nicht. Sind Einfühlung und Mitleid nicht auch notwendige Voraussetzungen der Erkenntnis? Hat die Erschütterung, die in den fünfziger und sechziger Jahren ein Film wie „Nuit et Brouillard“ von Alain Resnais auslöste, die von Gerhard Schoenberners Dokumentationen „Der gelbe Stern“ und „Wir haben es gesehen“ ausging, etwa

keine erkenntnisfördernde Wirkung gehabt? Goldhagen macht aus seinem Entsetzen über das, was er beschreibt, keinen Hehl; er ist emphatisch; kommentiert zuweilen sarkastisch; - aber er geht immer von den Quellen aus, wenn er die konkreten Greuel, die ja jede Generation erst wieder neu entdecken muß, beim Namen nennt. Evelyn Roll hat dies bei Goldhagens Diskussionsreise im Septem-

ber sehr zutreffend beobachtet: „Das Buch ist methodisch zweifelhaft. Das Thema aber, die erneute, direkte und schonungslose beschreibende zuwendung zu den Tätern und ihren Motiven, schlägt ein, vor allem bei Lesern und Zuhörern der dritten Generation“ (Süddeutsche Zeitung 9.9.). Und genau darin liegt wohl auch das größte Verdienst Goldhagens.

Theo Meier-Ewert

KOMMENTAR

Zentrale Stelle bleibt bestehen:

Eine lobenswerte Entscheidung

Journalisten wird oft nachgesagt, sie sähen ihre Aufgabe vor allem darin zu kritisieren. Lob oder Zustimmung der Medien bildeten die Ausnahmen. Diesmal ist Lob angesagt, und zwar für eine Einrichtung, von der öffentlich nur selten die Rede ist. Es geht um die Justizministerkonferenz der 16 Bundesländer, auf deren Tagesordnung in Bonn am 21. November ein national wie international wichtiges Thema gestanden hat: Bleibt die Zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg bestehen oder fällt sie dem Rotstift zum Opfer? Die Minister haben einstimmig beschlossen, die Zentrale Stelle weiterarbeiten zu lassen und nach und nach in ein zeithistorisches Institut umzuwandeln.

Das ist eine juristisch notwendige, innenpolitisch kluge und außenpolitisch bedachtsame Entscheidung. Juristisch deshalb notwendig, weil das Ende der NS-Prozesse hier und im Ausland eben noch nicht gekommen ist. Der Fall des SS-Führers Erich Priebke zeigt dies ebenso wie ein anstehender NS-Prozeß im französischen Bordeaux gegen Maurice Papon, der an der Deportation von Juden beteiligt gewesen sein soll. In beiden Fällen bedarf die Justiz der Hilfe aus Ludwigsburg. Innenpolitisch klug ist die Entscheidung, weil dies den Rechtsextremen zuwider ist. Die waren und sind bekanntlich gegen Ludwigsburg und

die dort geleistete gute Arbeit. Außenpolitisch bedachtsam haben sich die Minister insofern verhalten, als dort die Debatte um Ludwigsburg aufmerksam verfolgt worden ist. Ein Aus für dieses in der Welt einmalige Archiv hätten viele Staaten als das Ende der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit gedeutet. Davon sind wir aber weit entfernt. Daniel Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ hat dies gezeigt. Goldhagen hätte sein Buch übrigens ohne monatelanges Aktenstudium in Ludwigsburg gar nicht schreiben können. „Für die Ehre Deutschlands hat keine Institution mehr und Ernsthafteres getan als die Zentrale Stelle Ludwigsburg“ hat auch der Gründer und Leiter des Wiener Dokumentationszentrums Jüdischer Verfolgter des NS-Regimes, Simon Wiesenthal gesagt.

Angemessen haben die Justizminister die Experten von Ludwigsburg noch nie behandelt. Ende der 60er Jahre arbeiteten dort 120 Fachleute. Heute sind es noch ganze 27, die je Jahr lediglich 2,2 Mio Mark kosten. Die Behörde von Joachim Gauck zur Aufarbeitung des DDR-Unrechts hat mit 300 Leuten angefangen - weit mehr als das Doppelte Bonn hat nie großen Wert auf NS-Prozesse gelegt. Im Gegenteil: Bundestag und Bundesregierung gestatteten erst 19 Jahre nach der Befreiung von 1945, nämlich im Frühjahr 1964, deutschen Staatsanwälten, Dokumente und Zeugen aus Osteuropa zu benutzen und zu vernehmen. Und selbst das nur unter ausländischem Druck, weil im Mai 1964 die Verjährung selbst für NS-Morde drohte.

Mit ihrer Entscheidung haben die Justizminister endlich mal ein Votum zugunsten von Ludwigsburg abgegeben. Und das verdient - es sei noch einmal gesagt - öffentliches Lob.

Heiner Lichtenstein

Wachablösung bei Belgiens Rechtsextremisten:

Ein strategischer Schachzug

Am 8. Juni dieses Jahres übergab Karel Dillen den Vorsitz der erfolgreichen rechtsextremistischen Partei „Vlaams Blok“ (Flämischer Block, VB) an den 37jährigen Frank Vanhecke. Damit war der Spekulationen ob des Zeitpunkts und der Person der Nachfolge des 70jährigen Dillens, der schon seit Jahren körperlich abbaut, ein Ende gesetzt. Als Ehrenvorsitzender (und noch amtierender VB Europaparlamentarier) nimmt Karel Dillen allerdings weiterhin eine wichtige (vielleicht weniger prominente) Rolle innerhalb der Partei ein.

Dillen ist Altgedienter der Flämischen Bewegung - im übrigen ohne Kriegsteilnehmer zu sein. Seit 1946 war er an beinahe allen radikal-nationalistischen Organisationen (führend) beteiligt; beispielsweise an Zeitschriften wie „Opstanding“ (Aufstehen), Theoriezirkel wie „Were Di“ sowie Parteien wie der nationalistischen „Volksunie“ (Volksunion). Seit Gründung des „Vlaams Blok“ (1979 aus „Vlaamse Volkspartij „ und „Vlaams Nationale Partij“ hervorgegangen; die beiden Organisationen kandidierten 1978 mit einer gemeinsamen Wahlliste), war Dillen ohne Unterbrechung Parteivorsitzender und Mandatsträger des VB (Mitglied des Nationalparlaments 1978/1987, des Senat 1987-1989 und des Europaparlaments seit 1989).

Unter Dillens 17jähriger Führung mauserte sich der VB von einer radikal-nationalistischen Sekte zu einer modernen rechtsextremen politischen Partei. Obwohl Dillen zur „alten Garde“ der Partei gehörte, wurden auf seine Initiative 1987 im Rahmen der sogenannten „Operation Erneuerung“ mehrere junge Militante aus (neuen) nationalistischen Jugend- und Studentenorganisationen in die Parteiführung integriert. Das Größerwerden der Partei verursachte auch interne Richtungsstreitereien, wobei Dillen stets unantastbar über den verschiedenen Blöcken stand. Er galt als die Personifikation des radikalen flämischen Kampfes und sein Wort war Gesetz in der Partei. Im übrigen ließ sich Dillen in seinen Entscheidungen normalerwei-

se von den Diskussionen innerhalb des 13-köpfigen Parteivorstands führen.

Parteiinterner Machtkampf

In die Satzung des VB war der Passus aufgenommen, daß der „Vorsitzende auf Lebenszeit“ seinen eigenen Nachfolger bestimmen könne. Dillen hat damit jedoch gewartet, bis er sicher sein konnte, daß die Partei sowohl wählermäßig als auch organisatorisch stark genug war, um die Nachfolgefrage zu überleben. Insbesondere außerhalb der Partei ist jahrelang spekuliert (und gehofft) worden, daß die Nachfolge zu einem offenen Machtkampf zwischen der „flämisch-nationalistischen“-Strömung (um Gerolf Annemans) und der „Anti-Ausländer“-Strömung (um Filip Dewinter) führen würde. Dillen hatte stets darauf beharrt, daß der VB keine Strömungen kenne, da beide Positionen unauflöslich miteinander verbunden seien. Die Wahrheit liegt wie so oft in der Mitte, und dort fand Dillen auch seinen Nachfolger.

Frank Vanhecke ist trotz seines jugendlichen Alters (37 Jahre) bereits ein Veteran des VB - er ist Mitglied seit der Gründung. Zwischen 1989 und 1994 war er persönlicher Sekretär von Karel Dillen im Europaparlament und seit 1994 bilden die beiden die Zweimannsfraktion des „Vlaams Blok“ in Straßburg. Innerhalb der Partei hat sich mit seinen Spezialthemen „Europa“ und „verwandte Parteien“ im Ausland profiliert. Damit erscheint er als akzeptabler Kandidat für beide „Parteiflügel“.

Die Entscheidung für Vanhecke als seinen Nachfolger kann nicht anders als ein Meisterzug von Karl Dillen bezeichnet werden. Vanhecke hat jetzt drei Jahre Zeit, sich in der Position zu behaupten, bevor die Partei, zum ersten Mal in ihrer Geschichte, für weitere sechs Jahre ihren Vorsitzenden wählt. Es müßte schon etwas Außerordentliches passieren, wenn Vanhecke nicht wiedergewählt würde. Weitere Wahlerfolge scheinen für die Rechtsextremisten derzeit vorprogrammiert (z.B. die Dutroux-Affäre und andere Skandale). Auch wenn Vanhecke mit der Partei kurzfristig in schweres Fahrwasser geraten sollte, dann bliebe ihm immer noch Dillens Unterstützung und ein Votum gegen Vanhecke würde gleichzeitig ein - kaum vorstellbares - Votum gegen Dillen bedeuten. Damit bleiben dem neuen Parteivorsitzenden neun Jahre, um auf eigene Beine zu kommen. Das wiederum dürfte der Partei zugute kommen, um die schwierige Phase des Wachstums zu überstehen

Cas Mudde

Aufklärung statt Zensur

Zwei äußerst sachkompetente Broschüren sind in diesen Tagen zu den Themenbereichen „Rechtsextremisten auf dem Daten-Highway“/„Mit Neuen Medien gegen Neue Rechte“ erschienen.

Sehr ansprechend gestaltet und mit einem ausführlichen Literaturverzeichnis sowie einem Index (Namen und Organisationen) ausgestattet, ist die 50seitige Broschüre „Rechtsextremisten auf dem Daten-Highway“, deren inhaltliche Schwerpunkte das „Thule-Netz“ und die US-amerikanische „Stormfront. White Nationalist Resource Page“ sind. Die Broschüre basiert auf einer Diplomarbeit am Institut für Journalistik der Universität Dortmund. Grundlage ist die Auswertung der Diskussionen, die im „Thule-Netz“ 1995 geführt wurden sowie der Materialien, die auf der „Stormfront Page“ bis Mai 1996 abrufbar waren.

Zahlreiche Originaldokumentationen aus dem „Thule-Netz“ finden sich in der 100seitigen Broschüre „Mit Neuen Medien gegen Neue Rechte“, der Dokumentation einer gleichnamigen Fachtagung des Adolf Grimme Instituts, die vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie gefördert wurde. Die Autoren, Gabriele Hooffacker und Peter Lokk, kommen u.a. zu dem Ergebnis, daß bei der Vernetzung der „Neuen Rechten“ weniger die Gefahr darin bestünde, welche Medien sie benutzen, als eher, „daß eine inhaltliche Verbindung zwischen den verschiedenen, ursprünglich miteinander zerstrittenen rechten - und auch rechtsextremen, zum Teil verbotenen - Gruppierungen hergestellt wird.“ Eingegangen wird auch auf die Frage nach eventuellen Zensurmaßnahmen im Bereich der „Neuen Medien“. Die Autoren setzen hier mehr auf Aufklärung: „Nicht als Lösung sehen wir an: mehr Staat, schärfere Gesetze ... auf Kosten der Grundrechte.“

Pfeiffer Thomas Rechtsextremisten auf dem Daten-Highway. Funktion und Bedeutung computergestützter Kommunikation für die Netzwerke am rechten Rand. Bezug: Antifa Dortmund-Nord, c/o Tarantha Babu, Humboldtstr. 44, 44137 Dortmund.

Hooffacker, Gabriele/Lokk, Peter: Mit Neuen Medien gegen Neue Rechte. Beispiele für die politische Bildungsarbeit im Umgang mit Mailboxnetzen und Internet. Bezug: Adolf Grimme Institut des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V., Eduard-Weitsch-Weg 25, 45768 Marl, Tel.: 02365-9189/13.

Anton Maegerle

HINWEIS

„Dachauer Hefte“

Dachau - Unter dem Titel „Konzentrationslager: Lebenswelt und Umfeld“ ist soeben der zwölfte Band der renommierten Reihe „Dachauer Hefte“ (Untertitel: Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager“) erschienen. Im Auftrag des Comité International de Dachau (Brüssel) werden die „Dachauer Hefte“ von Wolfgang Benz und Barbara Distel herausgegeben. Diese stellen in ihrem Editorial fest, daß im Gegensatz zu zahlreich vorhandenen Dokumentationen des Mikrokosmos des Lagerlebens das Umfeld der KZs wenig erforscht und zur Kenntnis genommen wurde. So existierten KZs als Orte der Verfolgung und erzwungenen Produktion eben nicht im leeren Raum, sondern lagen in der Nähe oder am Rand großer Städte. Ihre Außenlager und Kommandos befanden sich in unmittelbarer Nachbarschaft von Menschen, die nicht verfolgt waren, aber tagtäglich Kenntnis nahmen von der Drangsalierung und Ausbeutung anderer, rechtloser Menschen. Benz/Distel: „Die Rechtfertigung des Verdrängens, man habe nichts gewußt, hat mit der Realität wenig gemein. Dies zu zeigen, ist Absicht der zwölften Ausgabe der Dachauer Hefte.“

In wenigen Wochen erscheint ein Inhaltsverzeichnis für die Hefte 1-12 und eine Registerdiskette, die den Zugriff auf Personen, Orte und Sachgebiete dieses ersten Dutzends „Dachauer Hefte“ erleichtern wird.

Dachauer Hefte, Alte Römerstr. 75, 85221 Dachau; Fax: 08131 - 26967; Tel: 08131 -1741/42.

Bonn - In der Reihe „Texte zur Inneren Sicherheit“, die vom Bundesinnenministerium herausgegeben wird, ist die Broschüre „Medien und Gewalt“ erschienen. In dem Band wird versucht, das Problem der Gewalt in den Medien aufzugreifen. So befassen sich die Beiträge mit den Themenkomplexen „Wirkungen von Gewaltdarstellungen in den Medien“ und die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche sowie dem Einfluß von „Fernsehen auf Jugendliche und Erwachsene“ etc. Abschließend findet sich noch ein Kapitel des Bundesamts für Verfassungsschutz über die „Nutzung neuer Medien durch Extremisten“.

Bezug: Bundesministerium des Innern, Referat IS 7, Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

**Rechtsextremistische
Periodika in 1996**

„Deutschland in Geschichte in Gegenwart“, „Deutsche National-Zeitung“ 40-49/96 und „Junge Freiheit“ 48-49/96:

„Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ - 44. Jahrgang Nr.3;

„Tragische Vorgänge“ sind für die laut Untertitel der Kultur verpflichtete Zeitschrift aus dem Grabert-Verlag die Erschießungen in den Adreatinischen Höhlen, deretwegen der SD-Hauptführer Erich Priebke 52 Jahre nach der Tat vor einem italienischen Gericht stand. Daß dies mit deutscher Hilfe möglich war, stellte die „wirkliche Schande“ und ein Produkt von Umerziehung dar. Der im Sold des Bundes stehende Ex-General Reinhard Uhle-Wettler verteidigt die deutsche Wehrmacht gegen den Vorwurf, sich an Greueltaten beteiligt zu haben; seine Hauptsorge, den jungen deutschen Wehrpflichtigen werde „eine besonders im Ausland anerkannte deutsche Militärtradition vorenthalten“. Selbst Jesus wird bemüht (Markus 15,39) um die These von Dr. Frey zu belegen, daß die deutschen Soldaten die besten der Welt gewesen seien. In der Konsequenz dieses Ergusses dann weiteres Mal die These, daß der Rußlandfeldzug Hitlers ein Präventivkrieg war, wofür denn der Klappentext einer Veröffentlichung eines russischen Autors dient. Abgefeiert wird auch das Nürnberger Tribunal, wobei ein (derzeit vielfach faksimiliertes) mißverständliches Schreiben eines Mitarbeiters des Bundesjustizministeriums als fälschlicher Beweis für die Behauptung in Anspruch genommen wird, die Adenauer-Regierung habe die Nürnberger Urteile nicht anerkannt. Schließlich noch eine Würdigung des wegen seiner unkritischen Parteinahme für die Nazis in Schieflage geratenen Dichters Hans Friedrich Blunck.

„Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) - 25.Jg.; Das Thema „Nazi-Gold“ beschäftigt die Frey Gazette nachhaltig (40,41,43 u.49/96); aber schließlich liegt für die DNZ der Zweck der gesamten Aktion darin, daß mächtige jüdische Organisationen den Geldhunger des Staates Israel stillen wollten und hier hätten sie die volle Unterstützung des amerikanischen Präsidenten. Zum Schluß müsse ja sowieso wieder Deutschland als Zahlmeister einspringen, wird orakelt. Im Dauer-

Visier steht der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis (41-47/96). Dessen „mediale Allgegenwart“, verbunden mit dem „aus den Medien quillenden permanenten Philosemitismus“ ist laut DNZ u.a. letztendlich ursächlich für den wachsenden Antisemitismus. Aber selbstredend weiß die DNZ über mehrere Ausgaben interessante Details aus dem „Vorleben des Zentralratschefs“ und insbesondere über dessen „Goldgeschäfte“ sowie Immobilienspekulationen zu berichten. Unbehagen empfindet die DNZ wegen der Kandidatur des jüdischen Publizisten Peter Sichrowsky für die Haider-Partei. Schon seit geraumer Zeit hat der einst bejubelte Haider, jetzt als „Deutschenfresser“, das Vertrauen der DNZ verspielt (40,42 u. 43/96). Immerwiederkehrendes Thema die von der DNZ ungeliebten jüdischen Einwanderer, die mit den Rußlanddeutschen gegengerechnet werden (42,46 u. 48/96).

„Junge Freiheit“ (JF) - 11.Jg.;

CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer MdB, als JF-Autor wieder mit von der Partie, beharrt darauf, daß die geraubte russische Beutekunst wieder Eigentum Deutschlands werden müsse (48/96). Für den Cheftheoretiker der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist, liegt das Schicksal eines Volkes unausweichlich in seiner ethnisch reinen Zusammensetzung, alles andere könne zu mörderischen Konflikten führen, wie er an den Beispielen Ex-Jugoslawien, Ruanda/Burundi und Belgien anführt. Dem für die JF-Autoren Ramb und Leonhard offensichtlich überflüssigen DGB werden gründlich die Leviten gelesen. Rolf Stolz, der sich selbst als „nationaler Linker“ sieht, plädiert für die „Deutschland-Bewegung“ des nach rechts mutierten Alfred Mechtersheimer. Letzter, so weiß die JF zu berichten, wirkte Mitte November als Referent bei der geschichtsrevisionistischen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ des Alfred Schickel. Lebensrechtler Wolfgang Philipp beklagt, daß sich durch die praktizierte Abtreibungsregelung „erneut ein Menschen tötendes Unrechtssystem“ etabliere (48/96). Im Visier der JF nun der renommierte emeritierte Münchner Professor Kurt Sontheimer, ein „williger Vollstrecker des Zeitgeistes“, der mit „der Faschismuskeule“ gegen seine Kollegen Erwin Adler und Hans Wagner zu Felde gezogen sei. Selbst Antisemitismus wird dem namhaften Politologen unterstellt, er habe den „deutschjüdischen Historiker“ Michael Wolffsohn diffamiert (49/96). Beklagt wird die Abgrenzung und Aufsplitterung der rechten und ultrarechten Parteien im Europäischen Parlament (49/96).

BÜCHERSCHAU

**Vor „gepackten
Koffern“**

Fünfzig Jahre neues jüdisches Leben in Deutschland sind nur vordergründig eine Zeitspanne, die reichen könnte, um den Juden das Gefühl zu vermitteln, sie könnten in Deutschland nach dem Holocaust wieder normal leben. Voraussetzung dafür wäre gewesen, daß zunächst einmal die (nichtjüdischen) Deutschen sich über die Bedingungen dafür, also die Ursachen, wie auch die Nachwirkungen dieses monströsesten aller Völkermorde einig wären. Die Debatte jüngst um Daniel Jonah Goldhagens Buch oder der schwer vermittelbare Versuch von Hans Mommsen, ausgerechnet Adolf Hitlers Beitrag zum Holocaust zu verkleistern, zeigen, daß vielfach immer noch so getan wird, als seien Antisemitismus und Judenmord wie ein Meteoriteneinschlag über Deutschland gekommen. Wenn der jüdische Publizist Günther B. Ginzler (gemeinsam mit der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit und der Buber-Rosenzweig-Stiftung) fünfzig Jahre nach Kriegsende - vornehmlich jüdische Vertreter -einlädt, über „Jüdisches Leben in Deutschland“ nachzudenken, dann läßt das auch den Wunsch erkennen, zu jener fehlenden Normalität zu gelangen. Das Ergebnis des im April des Jahres unter diesem Titel in Köln veranstalteten Symposiums liegt jetzt als Buch vor.

Das in den lesenswerten Beiträgen immer wiederkehrende Bild von den „gepackten Koffern“ läßt die fortwirkende Unsicherheit der Juden über ihre Befindlichkeit spüren. Spürbar wird auch, was es für die wieder in Deutschland lebenden Juden bedeutet, daß nach 1600 Jahren der vielfältige jüdische Beitrag zu dem, was sich heute als „deutsche Kultur“ darstellt, zu einem Abschluß gekommen war. Freilich gab es, was Ignatz Bubis zu Recht betont (37), das deutsche Judentum erst seit der Emanzipation der Juden im Kaiserreich, um nach weniger als einem Jahrhundert bereits wieder sein Ende zu finden. Zur jüdischen Gegenwart und Zukunft gehört für das jüdische Volk daher immer auch die Vergangenheit (Ginzler, 18).

Hans Mayer (199) macht die Problematik des deutschen Judentums an drei jüdischen Geistesgrößen ganz unterschiedlicher Prägung fest - Heinrich Heine, dem, trotz allem Zorn auf sein Vaterland, deutschen Patrioten (was die deutsche Regierung nicht hinderte, beim Erwerb von Heines Nachlaß den Franzosen den Vortritt zu lassen); Felix Mendelssohn, dem Getauften; Ludwig Börne, dem als Löw Baruch geborenen mit der Erfahrung des jüdischen Ghettos. Bei aller Eindrücklichkeit der Biographie dieser jüdischen Deutschen/deutschen Juden bleibt die von Albert Friedländer (62) zitierte Warnung Gershom Sholems, es sei Illusion, von einem je zustande gekommenen deutschjüdischen Gespräch zu reden, denn an der Bereitschaft, aufeinander zu hören, habe es immer gefehlt. In solchen Sätzen wird die Enttäuschung über das Scheitern der deutsch-jüdischen Symbiose deutlich, zugleich der Wunsch, trotzdem an ihr festzuhalten.

Die geschichtlichen Abläufe lassen allerdings für die Annahme keinen Raum, man könne zu dem Zustand zurück, der mit der Machtergreifung Adolf Hitlers gewaltsam beendet wurde. Die jüdischen Gemeinden, die sich nach 1945 in Deutschland wiedergründeten, waren mit den früheren nicht vergleichbar. Von den in Deutschland überlebenden 12.000 Juden wanderten viele aus, selbst von den nicht aus Deutschland stammenden DP's blieb nur ein Teil (Bubis, 40). Rita Süßmuth erinnert an die ausgebliebene Aufforderung an die vertriebenen Juden, zurückzukehren. Dennoch gelang der in Beiträgen von Bernd Ginzler, Ellen Presser, Hellen Israel, Trude Simonsohn, Trude Lehrer und Sara-Ruth Schumann, Micha Guttman, Michel Friedman, Alexander Alter, Miguel Freund, Karla Müller-Tupath eindrucksvoll beschriebene Wiederaufbau. Viele Mitglieder der neuen jüdischen Gemeinden behielten aber Selbstzweifel über die Rückkehr nach Deutschland, fühlten sich dem Vorwurf, vor allem israelischer Juden über ihre Entscheidung ausgesetzt (Silbermann, 70), was sich zwangsläufig verstärkte, als deutlich wurde, wie antijüdische Vorurteile weiterwirkten und wie ungebrochen manche Nazi-Biographie von Richtern oder Funktionsebenen in der Bundesrepublik ihre Fortsetzung fand (Giordano, 292).

Inzwischen hat jüdisches Leben im Nachkriegsdeutschland eine dramatische Veränderung erfahren. Etwa dreißigtausend russische Juden sind nach Deutschland eingewandert, sie verändern die Gemeinden, die sich mit großer Bereitschaft (Bubis, 50; Müller-Tupath, 268) der Herausforderung ihrer Integration stellen. Die Wiedervereinigung hat die jüdischen Gemeinden von West- und Ostdeutschland wieder zusammengeführt. Die drei Beiträge von Peter Kirchner, dem langjährigen Vorsitzenden der Ost-Berliner jüdischen Gemeinde, Nina Goldenbogen und Herbert Lappe geben Einblick in die Geschichte der ostdeutschen Juden und verdeutlichen ihre Schwierigkeiten im System der DDR. Sie helfen aufzuräumen mit Vorur-

teilen (wie sie nicht nur von Michael Wolffsohn gepflegt werden) und enthalten zugleich Lektionen für West-Deutsche, wie sie im Interesse eines funktionierenden Zusammenwachsens Deutschlands dienlich sein können. Zur Zukunft der jüdischen Gemeinden wird vorsichtiger Optimismus spürbar. Gelingen kann die Wiederbelebung der deutsch-jüdischen Symbiose nur, wenn jene „bürgerliche Courage“ (Giordano, 299) Allgemeingut wird, die gegen Fremdenhaß, Antisemitismus und Feindschaft gegen Minderheiten Front macht.

Klaus-Henning Rosen

Günther B. Ginzel (Hrsg.), Der Anfang nach dem Ende. Jüdisches Leben in Deutschland. 1945 bis heute, Düsseldorf 1996, 375 S.

Ein informatives Handbuch

Gesamtdarstellungen zum Rechtsextremismus gibt es mittlerweile eine ganze Reihe. Das von Jens Mecklenburg herausgegebene „Handbuch deutscher Rechtsextremismus“ dürfte mit seinen über tausend Seiten das umfassendste Werk zum Thema sein. Es enthält Beiträge von fünfunddreißig Autoren aus den Bereichen Journalismus und Wissenschaft, die sich mit den unterschiedlichsten Aspekten des Themas beschäftigen. Im Kapitel „Grundlagen“ geht es um die NS-Vergangenheitsbewältigung, Theorien über und gesellschaftliche Grundlagen des Faschismus, Definitionsmerkmale von und Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und die Entwicklung der extremen Rechten seit 1945. Dem folgt ein umfangreicher lexikalischer Teil mit Angaben zu Parteien und Organisationen, national- und rechtskonservativen Gruppen, studentischen Verbindungen, militärischen Traditionsverbänden, revanchistischen Organisationen, politischen Sekten, Medien und einzelnen Personen des Rechtsextremismus. Und schließlich wird mit dem Kapitel „Vertiefungen“ eine umfangreiche Sammlung kurzer Texte zu den unterschiedlichsten Themen vorgelegt, wozu u.a. gehören die Neue Rechte, das Netzwerk militanter

Neonazis, Rechtsextremismus in der DDR und den neuen Ländern, Antisemitismus und Revisionismus, Esoterik und Neuheidentum, organisierter Rechtsextremismus und Männerbünde, Rechtsextremismus bei Jugendlichen und als soziale Bewegung, der polizeiliche und justitielle Umgang und die Nutzung neuer Medien durch Neonazis. Den Abschluß bildet ein Anhang mit historischer Chronologie und Auswahlbibliographie sowie einem ausführlichen Personen- und Sachregister.

Allein aus formalen Gesichtspunkten beeindruckt das Werk, wird hier doch eine breite Informationsfülle zum Thema Rechtsextremismus auf den unterschiedlichsten Ebenen geliefert, welche man in dieser komprimierten Form sonst nicht findet. Hinsichtlich der inhaltlichen Bewertung fällt ein Urteil allerdings eher ambivalent aus, was bei einer solchen Fülle von notwendigerweise qualitativ unterschiedlichen Beiträgen nicht verwundern kann. Markus Birzer bzw. Helmut Fröchling bemühen sich bei ihrer Darstellung der Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze bzw. des politischen Stils und der Strategien auf Basis des aktuellen Forschungsstandes, einen informativen und kenntnisreichen Überblick zu vermitteln. Demgegenüber nutzt Reinhard Kühnl seine Ausführungen zu den Theorien über Faschismus und dessen gesellschaftliche Grundlagen, um die von ihm seit

Beginn der siebziger Jahre vertretenen Thesen - ohne sonderliche Berücksichtigung der seit dem laufenden Forschungskontroversen - zu reproduzieren und konkurrierende Ansätze wie die Totalitarismustheorie mehr moralisierend denn argumentierend zu verdammen. Der lexikalische Teil erweist sich aufgrund der Daten von hohem Nutzen, ist gleichwohl aber problematisch, weil dort auch nicht-rechtsextremistische Organisationen oder Personen genannt werden. Dies geschieht zwar mit dem Hinweis auf politische und strukturelle Berührungspunkte, was aber in

zahlreichen konkreten Fällen nicht eindeutig belegt wird. Auch in den dann folgenden kürzeren Überblickstexten sind viele Autoren häufig sehr großzügig, wenn es um politische Etikettierungen ohne genauere Belege geht. Die damit zusammenhängenden Verzerrungen in der Darstellung werten das von der Konzeption und Materialbasis zweifellos bedeutsame Handbuch leider ab.

Armin Pfahl-Traugher

Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996 (Elefant Press), 1052 S., 68 DM

Tagebuch

Berlin - In einem Leserbrief in der WELT (2.12.1996) darf Frank Schwerdt, Vorsitzender der neonazistischen Organisation „Die Nationalen e.V.“, seine Positionen zum liberalen Rechtsstaat und zum Thema Ausländer verbreiten. Schwerdt fungiert auch als Herausgeber des Neonazi-Medienprojekts „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ), von der allerdings seit längerem keine Ausgabe erschienen ist.

Budapest (Ungarn) - Das ungarische Kabinett hat nach Agenturmeldungen die Bereitstellung von knapp 40 Millionen Mark für Überlebende des Holocaust bewilligt. Die Mittel sollen, durch eine noch zu gründende Stiftung in Form einer Leibrente, rund 20 000 ungarischen Juden zugute kommen, die dem Massenmord der Nazis entkommen konnten. Erstmals hat die ungarische Regierung damit eine Entschädigung für die Überlebenden des Holocaust auf den Weg gebracht. Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten knapp eine Million Juden in Ungarn.

Coburg/Kiel - Nach Mitteilung des rechtsextremistischen Periodikums „Nation+Europa“ soll im Kieler Arndt-Verlag demnächst das neueste Machwerk des Revisionisten David Irving über Goebels in deutscher Übersetzung erscheinen. Vorbestellungen können über den Buchdienst Nation Europa in Coburg erfolgen.

Deggendorf - Ein Häuflein von Jüngern sammelt Ex-„Republikaner“-Chef Franz Schönhuber im niederbayerischen Deggendorf immer noch um sich. Der „Schönhuber-Freundeskreis Deggendorf“ wird von Ex-Stadtrat Manfred Hanke gelei-

tet, der vom „Republikaner“-Landesverband aufgrund antisemitischer Äußerungen ausgeschlossen wurde. Hanke machte zum letzten Mal vor einem Jahr von sich reden, als führende Deggendorfer CSU-Politiker ihn für die Stadtratsliste ihrer Partei gewinnen wollten. Nun organisierte er mit dem „Schönhuber-Freundeskreis“ eine Autorenlesung des ehemaligen REP-Führers (am 5.12.) unter dem Motto „Der neue Schönhuber ist da“. Der Titel des vorgestellten Buches ist „Die verbogene Gesellschaft“. Auch vom „neuen“ Schönhuber-Buch ist nichts anderes als die alten, ewiggestrigen Parolen zu erwarten.

Ettlingen/Baden-Württemberg - Hinter dem Pseudonym „Pflug-Hartung“ im Neonazi-Mailboxnetz „Thule“ soll sich, so szeninterne Informationen, der baden-württembergische Rechtsextremist Rudolf Sauer (Ettlingen) von der Burschenschaft Holmium verbergen. Sauer trat unlängst bei einem „überregionalen Freundeskreistreffen“, bei dem u.a. der NPD-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Wilhelm Herbi und Frank Rennieke (einst Kader der „Wiking-Jugend“, Gau Schwaben) zugegen waren, in Erscheinung. Wie das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ zu berichten weiß, „gab es auch eine technische Einführung in die Computer-Welt.“

Hamburg - Chlodwig Prinz zur Lippe (87), Ehrenpräsident des Vereins „Die Deutschen Konservativen“, hat an die Freunde des Vereins einen „vertraulichen SOS-Ruf“ gestartet. Demnach haben die „Konservativen“, in diesem Jahr erstmals auch im Verfassungsschutzbericht des Bundes genannt, „ernste finanzielle Probleme“: „Wenn wir nicht neue Förderer gewinnen und keine weiteren Spenden in die >Kriegskasse< bekommen - dann müs-

sen wir wesentliche Teile unserer Arbeit reduzieren“ - so der Prinz. Siegerist beklagt in einem weiteren Schreiben, daß er im Gegensatz zu früheren Zeiten Weihnachten nunmehr nicht „auf Madeira oder in der Toscana“ feiern kann. Noch „bitterer“ sei für ihn dagegen der „Verrat vom jetzigen Innenminister Kanther“. Diesem besorgte Siegerist nach Eigenangaben „für zwei CDU-Wahlkämpfe sehr viel Geld“. Ebenso bringt Siegerist seinem Kameradenkreis im neuesten Rundbrief zur Erinnerung, daß er nicht nur für Kanthers Wahlkampfzeitung, sondern auch für die von Alfred Dregger und weiteren „Dutzenden von CDU-Politikern“ arbeitete; darunter auch für die des jetzigen Kanzleramtsministers Bohl. Weihnachten wird Siegerist nun mit Soldaten der einstigen baltischen Waffen-SS feiern: „Noch heute bin ich stolz auf den mutigen Kampf dieser Männer.“

Hamburg - Der bekennende Rechtsextremist Jürgen Rieger ist neuer Vorsitzender des neonationalsozialistisch orientierten Vereins „Heide-Heim“ (Sitz: Hamburg), dem Hauptbetreiber des Schulungszentrums Hetendorf. Rieger löst den seit 1990 amtierenden Vorsitzenden, den Volkstanz-Experten Gerhard Friedrich Wilhelm Hennig ab.

Kiel - „Die Heimattreue Jugend e.V.“ (Sitz der Bundesgeschäftsführung: Kiel) veranstaltet am 14./15. Dezember ihre diesjährige Weihnachtsfeier, deren Höhepunkt das Begehen der Wintersonnenwende darstellt. Anmeldungen nimmt Folke Schmöller entgegen. Gefeierte wird auf der „Hohenloher Ebene“ in Baden-Württemberg. Auf dem Terminkalender der „Heimattreuen Jugend“ steht als nächstes vom 27. Dezember bis 2. Januar ein Bundeswinterlager an (vgl. BNR 24/96)...

Klagenfurt (Österreich) - Auf die Redaktionsräume der Wochenzeitung „Slovenski Vestnik“ in Klagenfurt ist Anfang Dezember ein Brandanschlag verübt worden. Erst wenige Tage zuvor sind Drohbriefe mit Hakenkreuzemblemen und Hetzparolen bei drei Zeitungen der nationalen Minderheit der slowenischen Kärntner und in der Minderheiten-Redaktion des ORF-Landesstudios eingegangen. Nach Angaben der Polizei in Klagenfurt enthielten die identischen Schriftstücke Parolen wie „Slowenen-Schweine, wir werden euch bald abschlachten“ und „Ehre heißt Treue“ sowie „Heil Hitler“. In den vier Drohbriefen fand sich auch eine Karrikatur mit der Aufschrift „Alle Tschuschen schweigen still, wenn unser starker Arm es will“, womit unlängst Soldaten des österreichi-

schen IFOR-Kontingents unrühmlich in die Schlagzeilen geraten waren.

Mainz - Bei den Oberbürgermeisterwahlen in Mainz am 17. November erzielte die Kandidatin der „Republikaner“ Maria Benning ein Ergebnis von 3,6 Prozent der Stimmen. Seit vergangenen Oktober gehört die 42jährige Maria Benning dem Bundesvorstand der rechtsextremen „Republikaner“ als Beisitzerin an.

Marburg - Eike Erdel, Marburger Kreistagsabgeordneter der REP, Schriftwart der Burschenschaft Normannia Leipzig, der an der Universität Marburg Jura studiert und dort als Werbeträger der „Jungen Freiheit“ (JF) einschlägig bekannt ist, wurde unlängst vom Marburger REP-Vorstand mit dem Aufbau einer REP-Hochschulgruppe beauftragt. Diese soll erstmals bei den Stupawahlen im Januar nächsten Jahres antreten. Für den „Aufbau“ einer „bundesweiten republikanischen Hochschulgruppe“ unter der Bezeichnung „Republikanischer Hochschulverband-RHV“ werden zwischenzeitlich „Mitstreiter“ per Anzeige in der JF gesucht. Der Versuch einer Intellektualisierung der REP ist kein originär neues Produkt. Schon am 16. Mai 1989 wurde in München in Anwesenheit der damaligen REP-Bundesgeschäftsführerin, Centa Hirsch, ein „Republikanischer Hochschulverband“ (RHV) gegründet. Bundessprecher waren Alexander von Schrenck-Nortzing (Sohn des „Criticon“-Herausgebers), Hans Ulrich Kopp und Alexander Wolff. Der damalige RHV war nach einem Jahr Existenz bereits am Ende.

München - Betreiber des „Thule-Netzes“ im INTERNET ist die in München ansässige „Janus Kommunikation“. Ansprechpartner sind ein Ralf Kottoke und ein Mark Dabrowski.

München - Manfred Brunner, Bundesvorsitzender des rechtspopulistischen „Bund Freier Bürger“ (BFB), hat in seiner Eigenschaft als Stadtrat in München die Absetzung der für 1997 im Münchner Stadtmuseum geplanten Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ gefordert. Brunner reiht sich damit in die Riege ultrarechter Ausstellungsgegner ein. Auch von neonazistischer Seite wird dagegen Stimmung gemacht, so das „Nationale Infotelefon Rheinland“ zur Ausstellung: „Ausgerichtet wurde diese vom Hamburger Institut für Sozialforschung als Zentrum linker Machenschaften und Umtriebe. Und in Hamburg wurde sie 1995 auch eröffnet. Seither tingelt dieses obszöne Raritätenkabinett der Geschichtsfäl-



schung, Volksverdummung und Volksverhetzung unter dem Freudengeheul der linken Medien in Deutschland und Österreich von Stadt zu Stadt.“

München/Stuttgart - Im FZ-Verlag des Münchner Verlegers Dr. Gerhard Frey soll Anfang nächsten Jahres die „Antwort auf Goldhagen“ unter dem Titel „KZ-Lügen“, nach Verlagsangaben eine „Dokumentation und Widerlegung abenteuerlicher antideutscher Anklagen“, erscheinen. Neu offeriert der Verlag auch das Machwerk „Deutsche Soldaten - Mörder oder Helden“, in dem die „Wahrheit über das deutsche Soldatentum“ stehen soll. Auf einem Landesparteitag der „Deutschen Volksunion“ (DVU) wurde der baden-württembergische Landesvorsitzende Peter Jürgensen in seinem Amt bestätigt. Jürgensen ist gleichzeitig auch stellvertretender DVU-Bundesvorsitzender.

Potsdam - Vor dem Landgericht Potsdam endete mit Einstellungen gegen geringe Geldbußen in Höhe von 200 und 500 Mark ein Prozeß gegen fünf Neonazis wegen Fortführung der „Aktivitäten“ der verbotenen „Deutschen Alternative“ (DA). Angeklagt waren u.a. Andreas Storr, Bundesvorstandsmitglied der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), der „nationale Barde“ Frank Rennie, Frank Menicke (Cottbus) und Enrico Plonka (Lauchhammer). Zur Anklage gebracht wurden zwei als Geburtstagsfeiern getarnte DA-Veranstaltungen am 30. Januar 1993 in Lauchhammer und am 16. April 1993 in Cottbus, auf denen braunes Material an die Kameraden aus dem DA-Umfeld verteilt wurde. Als Verteidiger traten die einschlägig bekannten Rechtsanwälte Carsten Pagel, Wolfram Nahrath und Hans Günter Eisenecker auf.

Stuttgart/Hamburg - Die NPD will nach einem Beschluß des Parteivorstands bei den Bürgerchaftswahlen in Hamburg im September nächsten Jahres antreten. Eine gemeinsame Kandidatenliste mit der DVU und den „Republikanern“ zu diesen Wahlen ist nach Angaben der NPD bereits im Vorfeld gescheitert.

Warschau (Polen) - Der Vorsitzende der rechtsextremen „Polnischen Nationalen Gemeinschaft-Polnische Nationalpartei“ (PWN-PSN), Boleslaw Tejkowski, wird wegen Volksverhetzung vor Gericht gestellt. Das Bezirksgericht in Warschau hat damit ein erstinstanzliches Urteil aufgehoben, das das Verfahren gegen den Rechtsextremisten eingestellt hatte. Tejkowski wird vorgeworfen, 1992 in Flugblättern, die u.a. an Warschauer Schulen verteilt

Adresse:

wurden, gegen Juden und Deutsche gehetzt zu haben. Bereits vergangenes Jahr war Tejkowski wegen Volksverhetzung zu acht Monaten Gefängnis, ausgesetzt auf zwei Jahre, verurteilt worden. In Polen ist die Sorge vor einem aufkommenden Rechtsextremismus gewachsen. Nach Agenturangaben hat sich die polnische Zeitung „Gazeta Wyborcza“ für ein Verbot rechtsextremer Organisationen ausgesprochen. Am 11. November, dem polnischen Unabhängigkeitstag, hatten sich in mehreren Städten Hunderte von Rechtsextremisten versammelt. Sie skandierten dabei Parolen wie „Polen den Polen“ und gelobten: „Wir werden gegen die deutsche und jüdisch-amerikanische Besetzung Polens kämpfen“.

Wien (Österreich) - Der Bundesgeschäftsführer der rechtslastigen österreichischen „Freiheitlichen“, Karl Schweitzer, hat seinen Rücktritt erklärt. Schweitzer wird enger Kontakt zu zwei Neonazis vorgeworfen, die im Verdacht stehen, einen jüdischen Friedhof geschändet zu haben (vgl. BNR 18/96, S.5).

Wien - Zu einem Jahr Haft wegen NS-Wiederbetätigung (Paragraph 3g Verbotsgesetz) wurde Konrad Windisch (64), einst Chef der „Arbeitsgemeinschaft Nationaler Jugendverbände Österreichs“ (ANJÖ) in Wien verurteilt. Die Geschworenen sprachen den „Schriftleiter“ der Postille „Kommentare zum Zeitgeschehen“ einstimmig in allen sieben Anklagepunkten schuldig, NS-Propaganda betrieben zu haben. Staatsanwalt Fasching hatte Windisch in der Anklage vorgeworfen, durch versteckte Andeutungen in seinen eigenen Beiträgen sowie durch eine gezielte Auswahl von Texten und Zitaten anderer Autoren „getarnte“ NS-Propaganda betrieben zu haben. Sieben Texte hatte er exemplarisch herausgegriffen. Windisch ist seit 1963 „Schriftleiter“ der „Kommentare“, die von der als Partei angemeldeten „Aktionsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP) herausgegeben werden. Das Blatt hat es bisher auf mehr als 300 Ausgaben mit einer Auflage von jeweils 4.000 bis 7.000 Stück gebracht. Der Staatsanwalt verwies auch darauf, daß die AFP die „Wehrsportgruppe Trenck“ finanziert habe - eine „paramilitärische Kampftruppe“, so der Prozeßvorsitzende.